

Statt einer Einleitung: Europas Gedächtnis. Sondierungen in einem unübersichtlichen Gelände

HELMUT KÖNIG

Werte und Interessen

Europa als Kultur- und Wertegemeinschaft wird heute neu entdeckt. Das ist sicher auch eine Reaktion auf das Scheitern des Verfassungsvertrags, das den Weg zum Ziel einer politischen Union blockiert hat. Insofern haben wir das gewohnte Bild: Wenn es politisch und institutionell mit Europa nicht weitergeht, folgt eine Zeit der Beschwörung kultureller und moralischer Gemeinsamkeiten. Für Sonntagsreden aller Art und als Kur gegen Europa-Resignation und Europa-Verdrossenheit ist das allemal hilfreich und gut. Die Botschaft lautet, dass Europa mehr ist als ein Wirtschafts- und Handelsraum, mehr als ein gemeinsamer Markt, mehr als eine Zweckgemeinschaft zur Steigerung des Wohlstands der Nationen, mehr als ein einheitlicher Raum von Sicherheit und Wohlfahrt. Europa besitzt eine so reiche und so weit zurückreichende gemeinsame Kultur, dass Stockungen und Blockaden auf dem Wege seiner politischen Integration nur von marginaler Bedeutung sind und nicht lange anhalten werden. Das europäische Gedächtnis, das diese reiche kulturelle Vergangenheit in Erinnerung ruft, dient als eine Art von Rückversicherung: Die Kultur- und Wertegemeinschaft Europa ist das Sicherheitsnetz, in dem die kleinen und großen politischen Abstürze aufgefangen werden können.

Aber in den jüngeren Entwicklungen und Diskussionen kommt doch etwas anderes und wichtigeres hinzu. Die weltpolitischen Brüche und

Verschiebungen, markiert durch den Zusammenbruch des sozialistischen Lagers und die Anschläge vom September 2001, haben den kulturellen und religiösen Dimensionen eine neue Bedeutung zukommen lassen. Das ist durchaus irritierend, widersprüchlich und erklärungsbedürftig, denn es passt ganz und gar nicht zu der gegenwärtig so häufig bemühten Gegenwartsdiagnose der Globalisierung, deren Kern in der Ökonomisierung aller Lebensverhältnisse in einem nie da gewesenen Ausmaß besteht. Neben der Interessensorientierung des *homo oeconomicus*, die Adam Smith im 18. Jahrhundert zum Handlungs-Treibstoff des Reichtums der Nationen erklärte und seitdem eine einzigartige Erfolgsgeschichte durchlaufen hat, erscheinen im Zeitalter der Globalisierung alle anderen Handlungsmaximen als antiquiert und chancenlos. Die Geschichte der europäischen Integration in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts folgt in weiten Teilen durchaus dieser ökonomischen Logik, – einer Logik, die nicht nach Religion, Moral, Herkunft und politischer Tugend fragt, sondern nach Interessen und Kosten-Nutzen-Kalkülen.

Die epochalen Umbrüche der Jahre 1989 und 2001 lassen sich aber in der Logik dieser Geschichte nicht unterbringen. Im Gegenteil. Für die Ereignisse des 11. September 2001 liegt das auf der Hand. Selbstmordattentäter sind die unüberbietbare Negation des *homo oeconomicus* und des individuellen Kosten-Nutzen-Kalküls. Sie negieren den Primat der Selbsterhaltung, der seit Beginn der Neuzeit allen modernen Handlungstheorien und -konzepten zugrunde liegt. Die Vernunft dient der Selbsterhaltung, und sie für die Erreichung des Gegenteils einzusetzen, d.h. den eigenen Untergang nicht nur, wie der Märtyrer, bei der Verfolgung eigener Zwecke in Kauf zu nehmen, sondern aktiv herbeizuführen, fordert dieses Handlungs- und Vernunftkonzept auf fundamentale Weise heraus. Diese Herausforderung hat schon deswegen einen religiösen Charakter, weil sie mit dem Versprechen ewigen Lebens und ewiger Freuden eine Sphäre ins Spiel bringt, die nicht von dieser Welt ist, sondern mit dem Himmel zu tun hat. So ist der 11. September 2001 zum Fanal des Kulturkampfes zwischen der westlich-christlichen Welt und dem Islam geworden, in dem nicht mehr materielle Interessen, sondern religiöse Überzeugungen die wichtigste Rolle spielen. Ein christlich-aufgeklärtes Europa wird nun gegen einen fundamentalistischen Islam ähnlich in Stellung gebracht wie im Abendland-Konzept der 50er Jahre des 20. Jahrhunderts das westlich-christliche Abendland gegen den gottlosen Kommunismus des Ostens. Am Ende des 20. Jahrhunderts hat dann freilich nicht die angeblich christliche Wertegemeinschaft des Westens die kommunistische Bedrohung besiegt, sondern das Versprechen der Freiheit und des Wohlstands für alle und seine Umsetzung in

einer 40jährigen westlichen Erfolgsgeschichte. Im Fall des islamistischen Fundamentalismus glaubt dagegen heute niemand daran, dass er durch die Demonstration moderner gesellschaftlich-ökonomischer Stärke und Effizienz zu beeindrucken und zu besänftigen ist. Deswegen erscheint Europa nun als der Inbegriff der Aufklärung und der Werte gegen einen Feind, der Vernunft und Aufklärung für Teufelszeug hält.

Das *annus mirabilis* 1989 hat dagegen auf den ersten Blick den Geist des Kapitalismus nicht negiert, sondern bestätigt und ihm einen beeindruckenden Gewinn an Terrain und Ressourcen beschert. Aber diese Wahrnehmung aus der Perspektive eines westlichen Unternehmers, der nur die neuen riesigen Märkte und sonst nichts im Auge hat, ist eine grobe Verzerrung und Verkürzung. Wie wir heute wissen können, aber immer noch nicht richtig wissen wollen, hat der Zusammenbruch des realen Sozialismus nicht nur die Verhältnisse in den östlichen Staaten Europas vollkommen verändert, sondern auch die Lebensgewissheiten und politischen Fundamente im westlichen Europa gründlich ins Wanken gebracht. Seit dem Ende der Ost-West-Spaltung stellt sich die Frage, was Europa ist und sein soll in ganz neuer Qualität und in ganz neuen Dimensionen.

Die Ereignisse der Jahre 1989 und 2001 markieren eine tiefe Zäsur. Sie haben Identitätsfragen und Selbstverständigungsdiskurse zurück ins Zentrum der Gesellschaften gebracht. Identitätsfragen sind die Fragen danach, wer wir sind und wie wir leben wollen. Weil die Religionen darauf eine klare Antwort versprechen, gewinnen sie an Zuspruch und Aufmerksamkeit. Ihre Antworten sind spiritueller Natur. Die Beziehung auf Werte und Normen bemüht dagegen nicht die spirituelle Dimension, sondern bewegt sich in der Sphäre der Kultur und der praktischen Vernunft. In Religion und Kultur spielt immer die Vergangenheit eine große Rolle, – und das Vermögen, mit dem sich die Menschen ihre Vergangenheit gegenwärtig halten, ist das Gedächtnis. Religionen haben ein außerordentlich gutes Gedächtnis, in ihren Kulte und Ritualen beschwören sie Ereignisse, die bis in die Anfangszeiten der menschlichen Überlieferung zurückreichen. Generell gilt, dass es Antworten auf Identitätsfragen, also darauf, wer wir sind und wie wir leben wollen, ohne Einbeziehung der Frage, wer wir gestern waren und wie wir gestern gelebt haben, nicht geben kann. Darin besteht der Unterschied zu den materiellen Interessen. Denn wie Marx (1842: 132) in einer freilich eher beiläufig hingeschriebenen Sentenz der *Debatten über das Holzdiebstahlgesetz* sagt: „Das Interesse hat kein Gedächtnis, denn es denkt nur an sich. Das eine, worauf es ihm ankommt, sich selbst, vergisst es nicht. Auf Widersprüche aber kommt es ihm nicht an, denn mit sich selbst gerät es nicht in Widersprüche.“

Dass die Diskussionen über die Identität Europas besonders verbissen und intensiv geführt werden, hat freilich auch damit zu tun, dass darauf keine geographische Antwort gegeben werden kann (vgl. die Beiträge von Muschg und Wehler, in diesem Band). Anders als Afrika und die beiden Amerikas wird Europa räumlich nicht klar abgegrenzt. Die Grenze nach Osten hin ist offen, wo Europa endet und Asien beginnt, muss immer wieder aufs Neue bestimmt werden. Aber auch die Bundesrepublik, für die sich territoriale Grenzfragen heute glücklicherweise gar nicht mehr stellen, muss sich selbst neu definieren und beschreiben, muss ihre Rolle und ihr Selbstverständnis an der Nahtstelle zwischen Ost und West erst noch finden.

Identitätsfragen gehören zu den „weichen“ Fragen. Den Koordinaten der Politikfeld-Forschung, die in der Politikwissenschaft lange den Ton angab, fügen sie sich nicht gut ein, weil sie eher vor- bzw. subpolitischer Natur sind. Langsam aber entsteht auch in der Politikwissenschaft eine neue Aufmerksamkeit für Fragen des politischen und institutionellen Selbstverständnisses. Es wird immer deutlicher, dass sich die sozialintegrativen Aufgaben der Aufrechterhaltung von Ordnung, der Umverteilung und sozialen Sicherung, des Schutzes kollektiver Identitäten und gemeinsamer Überlieferungen, der Herstellung und Bewahrung von Gemeinsamkeiten und Verpflichtungen keineswegs von selbst verstehen und auch in funktional hoch differenzierten Gesellschaften eigener Aufmerksamkeit und Pflege bedürfen (vgl. Habermas 1992: 428; vgl. zur Ortsbestimmung der europäischen Gegenwart den Beitrag von Giddens, in diesem Band).

Gedächtnis versus Geschichte

Das Gedächtnis ist in den letzten 25 Jahren zu einem zentralen Thema sowohl der Geistes- wie der Naturwissenschaften geworden. In den Naturwissenschaften hängt der Aufschwung damit zusammen, dass die Medizintechnik sog. bildgebende Verfahren entwickelt hat, mit deren Hilfe die Aktivitäten des Gehirns sichtbar und der Beobachtung von außen zugänglich gemacht werden können. Das bietet Einsatzpunkte für die Entwicklung neuer medizinischer Heilsversprechen und Therapien, von der Mikrochirurgie bis zur Behandlung von Altersdemenz, Alzheimer-Patienten oder Epileptikern. Im Kosmos der geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen hat das Gedächtnisthema für so viele Überschneidungen und Bezüge gesorgt, dass sie unter der Rubrik Kulturwissenschaft neu zusammengefasst worden sind.

Das wissenschaftliche und publizistische Interesse am Gedächtnis ist früher entstanden als 1989 oder 2001, es kann also nicht als Reaktion auf die Ereignisse dieser Jahre verstanden werden. Der Boom der Gedächtnisforschung wird gerne mit dem Hinweis auf die technische Revolution der Speichermedien im digitalen Zeitalter begründet (vgl. Osten 2004). Ferner wird er mit einem seit etwa drei Jahrzehnten neu erwachten allgemeinen Interesse an der Vergangenheit in Zusammenhang gebracht, das in Geschichtswerkstätten, oral history und der großen Beliebtheit historischer Ausstellungen zum Ausdruck kommt. Die Hinwendung zur Vergangenheit und die damit verbundene Identitätssemantik löste seit Mitte der 70er Jahre, als in der Bundesrepublik der Glaube und die Gewissheit einer besseren Zukunft der tiefen Skepsis und Unsicherheit über die Zukunftsperspektiven den Platz räumen mussten, die Emanzipationssemantik der 60er Jahre ab (vgl. Jeismann 1986). Das Interesse für Gedächtnis und Erinnerung ersetzte die Gesellschaftsutopien und avancierte zu einem moralischen Imperativ, der das Vergessenwollen unter Generalverdacht stellte. Diese sich rapide ausbreitende Sehnsucht nach Rückblicken und Nostalgie ist von Odo Marquard (1985) und Hermann Lübbe (1977, 1985) in viel diskutierten Überlegungen als Kompensation von industriegesellschaftlichen Gegenwartsumutungen gedeutet worden. Heute wird sichtbar, dass es nicht nur um die Abfederung von Überforderungen ging, sondern um die Ablösung der Epoche der Moderne und ihrer Versprechungen durch eine neue Ära, für die einstweilen außer der Bezeichnung *Postmoderne* noch kein angemessener Begriff gefunden worden ist. Der Eintritt in diese neue Ära mit ihren Unsicherheiten, Risiken und Anfälligkeiten wird von einigen Zeithistorikern mittlerweile für so bedeutend gehalten, dass sie damit eine ganze Epoche des industriegesellschaftlichen Fortschrittsglaubens, des rationalistischen und szientistischen Optimismus enden lassen, die in 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts begonnen haben soll (vgl. z.B. Doering-Manteuffel 2006).

Die Gedächtnisforschung hat freilich eine viel weiter zurückreichende Geschichte. Eines ihrer wichtigsten Ergebnisse besteht in der Einsicht, dass das Erinnern kein natürlicher Prozess ist, sondern auf vielfältige Weise durch soziale Bedingungen und Umstände hergestellt oder verhindert wird.¹ Zu jedem Bezug und zu jeder Variante des Bezugs auf die Vergangenheit gehören aber nicht nur soziale *Bedingungen*, auf deren Nachweis sich beispielsweise der Soziologe Maurice Halbwachs (1925; 1950) in seinen bahnbrechenden Studien der 20er und 30er Jahre des letzten Jahrhunderts konzentrierte. Wenn das so wäre, müsste man das Thema den Soziologen überlassen, die ihren Ehrgeiz in der Tradition von Durkheim darin sehen, Phänomene, die auf den ersten Blick ganz

und gar individuellen Charakters zu sein scheinen, als sozial bedingte Phänomene zu verstehen. Politisch wäre das Gedächtnisthema dann so relevant oder irrelevant wie das Träumen oder die Wut über den verlorenen Groschen. Aber es gibt gute Gründe für die Vermutung, dass das Gedächtnis nicht nur soziale *Bedingungen* hat, sondern zugleich soziale bzw. politische *Folgen* und *Funktionen*. Weil das so ist, können Gedächtnis und Erinnerungen zum Gegenstand gezielten Handelns politischer Akteure werden. Zu verlockend ist die Perspektive, mit Hilfe des Bezugs auf die Vergangenheit die jeweilige politische Ordnung, je nach Interessenlage, zu stabilisieren oder zu delegitimieren, die eigenen Intentionen zu beglaubigen und die Position der politischen Konkurrenten abzuwerten.

Diese Dimension ist der Grund dafür, dass das Gedächtnis in der Politik seit jeher ein heftig umkämpftes Terrain ist, zu dessen Eroberung und Besetzung von den Akteuren eine ganze Fülle von Strategien entwickelt wird. Zur Analyse politischer Systeme und politischen Handelns gehört deswegen die Gedächtnisdimension unabdingbar hinzu. In ihr geht es um die politische Bedeutung des Gedächtnisses und die Möglichkeit der Instrumentalisierung von Erinnerungen für politische Zwecke. Gefragt wird nach spezifischen gedächtnispolitischen Interessen, Möglichkeiten und Strategien und nach den Bedingungen für ihren Erfolg und Misserfolg.

Das impliziert von vornherein die Annahme, dass die Thematisierungs- und Wahrnehmungsweisen der Vergangenheit durch die Interessen der Erinnerungssubjekte und ihre Gegenwart bestimmt werden. Diese Annahme ist aber nur die Zuspitzung der seit Halbwachs ohnedies die kulturwissenschaftliche Gedächtnisforschung bestimmenden Erkenntnis, dass der Bezug auf vergangene Ereignisse nicht durch diese selbst, sondern durch die Gegenwart determiniert ist. Die Erinnerung bildet die Vergangenheit nicht wie eine Kopie ab, sondern konstruiert sie neu. In der politikwissenschaftlichen Perspektive wird diese Behauptung nur insofern zugespitzt, als sie ihre Aufmerksamkeit darauf richtet, die Prozesse zu analysieren, in denen das Gedächtnis als abhängige Variable in den Dienst bestimmter und benennbarer politischer Interessen und Akteure genommen wird oder als unintendierte Nebenfolge von Entscheidungen, die ganz andere Materien betreffen, politische Konsequenzen zeitigt.

Vor allem für die Konstitution und Legitimierung politischer Ordnungen ist der gemeinsame Bezug auf eine sei es positiv oder sei es negativ bewertete Vergangenheit von großer Bedeutung. Kollektive Identität und Gemeinsamkeitsglaube werden durch ihn gefördert und gestärkt. Zugehörigkeitsbewusstsein, Zustimmungsbereitschaft und Loyalitäten werden stabilisiert. Das gilt auch für untergeordnete politische Bezugs-

größten, aber vor allem gilt es für die übergeordneten Einheiten, z.B. für Reiche oder Nationen.

Was in einer Gesellschaft an vergangenen Ereignissen erinnert und was vergessen wird, ist abhängig von dem Bezugsrahmen, den sie in ihrer jeweiligen Gegenwart bereit stellt, von den Bedürfnissen, Problemlagen und Wünschen, die sie ausbildet. Daraus folgt, dass Veränderungen des Bezugsrahmens unvermeidlich einen Wandel im Gedächtnishaushalt der Gesellschaften bewirken. Es ist deswegen alles andere als verwunderlich, dass die Umbrüche des Jahres 1989 das kollektive Gedächtnis der betroffenen Länder in große Unruhe versetzt haben. Die geographischen und politischen Räume, die seitdem wieder frei zugänglich sind, öffnen auch die Türen zu neuen Gedächtnisräumen und führen dort zu heftigen Eruptionen.

Das kollektive Gedächtnis bezieht sich anders auf die Vergangenheit als die Geschichtsschreibung. Geschichte und Gedächtnis sind nicht das gleiche. Das kollektive Gedächtnis gehört immer zu Gruppen und Gemeinschaften. Es ist von deren Gegenwartsinteressen abhängig, es rückt die Vergangenheit so zurecht, dass von ihr aus das beste Licht auf die eigene Bezugsgruppe fällt, es ist parteiisch und apologetisch, es verformt die Vergangenheit, es ist ungenau, es vergisst das Unangenehme und Beschämende. Erinnerungen sind zwar nichts Individuelles, aber doch etwas ganz und gar Subjektives. Sie klammern sich an besondere Ereignisse, die aus dem Kontext herausgerissen, zu Bildern und Szenen verdichtet und in Form besonders eindringlicher Erzählungen weitergegeben werden. Erinnerung ist keine erforschende Rekonstruktion, sondern die durch gruppenbezogene Interessen angeleitete Vergegenwärtigung der Vergangenheit, ohne Methodenbewusstsein, ohne Systematik, ohne Anspruch auf Überprüfbarkeit. Das Gedächtnis arbeitet unausgewogen und leidenschaftlich, es reagiert sensibel auf Verletzungen, Wut und Scham. Die erinnerte Vergangenheit ist immer eine verzerrte und einseitige Darstellung der Vergangenheit, und solange die Vergangenheit lediglich erinnert wird, haben wir von ihr immer nur ein mehr oder weniger nach den Wünschen der jeweiligen Erinnerungsgruppe entstelltes Bild.

Historiker gehen mit der Vergangenheit anders um. Sie wollen objektiv und neutral sein. Das Geschichtsbild, das sie vermitteln, ist nicht auf ein kollektives Selbstbild bezogen und soll nicht die partikularen Interessen von Gruppen und Gemeinschaften bedienen. Geschichte, sofern sie als Wissenschaft betrieben wird, gehört allen. Während durch das Gedächtnis die Distanz zur Vergangenheit überbrückt und Gegenwart und Vergangenheit in eins zusammengezogen werden, betont die Geschichtsschreibung die Distanz, die zwischen gestern und heute liegt.

Das Gelingen der Geschichtsschreibung hängt daran, dass sie gegenüber Gruppen und Interessen ihre Unabhängigkeit bewahrt, sich niemandem unterwirft und nur ihren eigenen Ansprüchen folgt.

Erinnerte Geschichte und die Darstellung der Geschichte durch Historiker sind also miteinander verwandt und zugleich deutlich voneinander unterschieden. Beide beziehen sich auf die Vergangenheit, in beiden spielen Schrift und Sprache eine herausragende Rolle. Aber der Historiker tritt immer in Konkurrenz zum Gedächtnis. Er hat die Aufgabe, das subjektive Bild, das das Gedächtnis von der Vergangenheit liefert, durch das Hinzuziehen neutraler Zeitzeugnisse und Dokumente zu objektivieren. Er muss das Erinnerte um das Vergessene ergänzen und sich um die Vollständigkeit seines Bildes bemühen. Geschichte als Wissenschaft ist mit dem Anspruch auf methodische Verfasstheit und Überprüfbarkeit verknüpft. Die Geschichtswissenschaft wie alle interpretierende Wissenschaft operiert mit Beobachtungen zweiter Ordnung. Sie beobachtet nicht nur die Vergangenheit, sondern auch sich selber beim Beobachten der Vergangenheit. Sie weiß deshalb, dass das, was sie sieht und analysiert, von ihrer Perspektive abhängt.

Für die Erinnerungen gilt das nicht. Erinnerungen werden von anderen geteilt oder nicht geteilt, sie wollen geglaubt, nicht überprüft werden. Wenn sie mündliche oder schriftliche Textgestalt annehmen, setzen sie sich zwar möglicherweise kritischen Nachfragen und Einwänden aus, aber zum methodischen Prinzip wird Kritik in der Welt der Erinnerungen nicht erhoben. Geschichtsschreibung dagegen will überzeugen und in allen Aussagen überprüfbar und nachvollziehbar sein. Kritik wird zum Prinzip ihrer Arbeit. Es macht keinen Sinn, jemandem seine Erinnerungen abzusprechen. Wenn zwei oder mehrere Personen oder Kollektive sich an das gleiche Ereignis ganz unterschiedlich erinnern, bleibt auf der Ebene der Erinnerungen unentscheidbar, wer Recht hat. Die Wahrheitsfrage kann nur geklärt werden, wenn das erinnerte Ereignis zugleich in neutralen Quellen überliefert ist, die soviel an Aussagekraft enthalten, dass sie eine haltbare, stichhaltige und gegen Einwände abgesicherte Version vergangener Abläufe und Fakten ermöglichen. Überall dort, wo neutrale Quellen im Spiel sind, befinden wir uns nicht mehr in der Sphäre des Gedächtnisses, sondern in der Welt der Geschichtsschreibung. Wenn dagegen von vergangenen Ereignissen nur die Erinnerung an sie geblieben ist, ist unentscheidbar, welche Erinnerung recht hat und welche nicht.²

Diese Unterscheidungen bedeuten nicht, dass Erinnerungen immer irren und Geschichtsschreibung immer objektiv ist. Wohl aber sollen sie herausstellen, dass Gedächtnis und Geschichte einer jeweils eigenen Logik folgen und nicht ineinander aufgehen. Das kollektive Gedächtnis ei-

ner Gesellschaft ist das Resultat einer Fülle von Akteuren, unter denen die professionellen Historiker eine Gruppe ausmachen, aber bei weitem nicht die einzige und auch nicht die wichtigste. Die Geschichtsschreibung dagegen liegt ausschließlich in den Händen einer wissenschaftlichen Zunft. Die Forderung, Europa eine *Seele* zu geben und dazu das Gedächtnis Europas mit lebendigen Inhalten zu füllen und zu vitalisieren, ist also keine Forderung zur Europäisierung der Geschichtsschreibung (obwohl sie damit oft verwechselt wird, z.B. von Krumeich 2001). Politische Ordnungen brauchen zu ihrer Legitimation keine unabhängige wissenschaftliche Geschichtsschreibung, – sie gibt es ohnedies in einem nachdrücklichen Sinn und mit ausgeprägtem Methodenbewusstsein erst seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts. Wohl aber brauchen sie das kollektive Gedächtnis.

Seele, Nation und Gedächtnis

Warum brauchen politische Ordnungen ein Gedächtnis? Ist die Bedeutung des Gedächtnisses für die Legitimation politischer Ordnung nicht eine vormoderne Erscheinung? Diese Annahme drängt sich auf, weil moderne Gesellschaften dadurch charakterisiert sind, dass sie jeglichen Bezug auf Tradition und Geschichte radikal entwerten und das Gedächtnis in ihnen gleichsam verkümmert. Nicht das tradierte und über Gedächtnisspeicher weitergegebene Wissen ist für sie typisch, sondern eine wissenschaftliche Logik und Rationalität, die sich als zeitlos versteht. Die Integration sichern moderne politische Ordnungen nicht über den Bezug auf eine gemeinsame Vergangenheit, sondern über die Bereitstellung von Leistungen, die dazu angetan sind, die Kosten-Nutzen-Bilanzen der Bürger zu verbessern. Die Staatsräson der alten Bundesrepublik bestand im Versprechen des Wohlstands für alle, nicht in der Beziehung auf die Tradition des Abendlandes oder die Werte des Christentums.

Aber das ist bestenfalls die halbe Wahrheit. Die Bedeutung des Gedächtnisses für die Legitimation politischer Ordnungen hat durch die Geschichte hindurch keineswegs abgenommen. Zwar ist z.B. in der römischen Antike zur Zeit der Republik der Bezug auf die legendären *mores maiorum*, die Sitten der Vorfahren, allgegenwärtig (z.B. bei Cicero, vgl. König 2007), zwar kann an der bedeutenden Rolle der *memoria* im Mittelalter kein Zweifel sein, zwar pflegen auch die Dynastien einen Kult der Vergangenheit für die Zwecke ihrer Herrschaftssicherung, z.B. indem sie die Grabstätten ihrer Vorfahren in Pantheone verwandeln. Aber das moderne nationale Zeitalter bleibt mit seinen Bemühungen um

die Ausbildung eines kollektiven Gedächtnisses hinter diesen früheren Zeiten der Geschichte keineswegs zurück. Im Gegenteil. Nationen haben einen wesentlich höheren Bedarf an Homogenität und Gemeinsamkeitsglauben und deswegen auch an kollektivem Gedächtnis als beispielsweise Imperien, die schon wegen der für sie typischen Unterschiede zwischen Zentrum und Peripherie generell eine größere Heterogenität in ihren inneren Verhältnissen aufweisen.

Max Weber (1922: 515) apostrophiert die Nationen deswegen ganz folgerichtig als „Erinnerungsgemeinschaften“. Nicht anders der französische Religionswissenschaftler Ernest Renan. Zwar behauptet er in seinem berühmten Vortrag *Was ist eine Nation* (1882), dass der Nation ein tägliches Plebiszit, eine Willens- und Absichtsbekundung zugrunde liegt, dass sie also m.a.W. als eine politische Ordnung zu verstehen ist, die auf ein Programm zurückgeht, dem die Menschen zustimmen. Und Renan wird mit diesen Bestimmungen gerne für das französische Nationsverständnis in Anspruch genommen, für das der politische Wille und nicht vopolitische Gegebenheiten ausschlaggebend sind. Das liegt auf der Linie der französischen politischen Theorie, in der, wie vor allem bei Rousseau, *volonté* die wichtigste Größe ist. Aber man darf nicht übersehen, dass auch nach Renan der Bezug auf eine gemeinsame Vergangenheit mindestens so wichtig ist wie der gemeinsame Wille. „In der Vergangenheit ein gemeinsames Erbe von Ruhm und Reue, für die Zukunft ein gemeinsames Programm; gemeinsam gelitten, gejubelt, gehofft zu haben – das ist mehr wert als gemeinsame Zölle und Grenzen, die strategischen Vorstellungen entsprechen.“ (Renan 1882: 56f.) Auch im französischen Verständnis ist also die Nation nicht nur eine Willensgemeinschaft, sondern zugleich eine Gedächtnisgemeinschaft. Sie besteht nicht nur aus einem politischen Programm, über das man spricht, das man rational prüft, auf das man sich verständigt und dem man schließlich zustimmt, sondern sie muss auch eine *Seele* haben. Noch einmal mit den Worten von Renan (1882: 56): „Eine Nation ist eine Seele, ein geistiges Prinzip. [...] Wie der einzelne, so ist die Nation der Endpunkt einer langen Vergangenheit von Anstrengungen, Opfern und Hingabe. [...] Eine heroische Vergangenheit, große Männer, Ruhm [...] – das ist das soziale Kapital, auf dem man eine nationale Idee gründet.“ Von Maurice Barrès, dem einflussreichen französischen Nationalisten, stammt die Formel, das Vaterland sei *la terre et les morts*, d.h. der „gemeinsame Besitz eines alten Friedhofs und der Wille, dieses Erbe hochzuhalten“.³

Die Pioniere der Idee der Nation und des nationalen preußisch-deutschen Staates zu Beginn des 19. Jahrhunderts, der Publizist Ernst Moritz Arndt, der Turnvater Friedrich Ludwig Jahn, der Philosoph Johann Gottlieb Fichte, – sie sind allesamt Gedächtnis- und Friedhofsun-

ternehmer. Sie geben den Weg vor, der dann vom nationalen Denken und von der nationalen Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts in Deutschland mit großem Erfolg und großer Resonanz beschritten wird. Sie sind eifrig damit beschäftigt, eine große nationale Vergangenheit zu etablieren und die politische Ordnung des deutschen Vaterlands mit dem Aufbau einer nationalen Gedächtnislandschaft zu untermauern und zu legitimieren.

Zur Logik des auf der Einheit der Nation aufbauenden Staates gehört hinzu, dass die kulturelle und die politische Dimension deckungsgleich sind, weil nur auf dieser Basis die angestrebte vollkommene Identifikation des Einzelnen mit der Nation für möglich und glaubwürdig gehalten wird. Die Einheit von Territorium, Staatsgewalt und Bevölkerung, die nach Jellinek den modernen Staat charakterisiert, bedarf zu ihrer Vollendung der Beseelung durch die Nation. Die Zugehörigkeit zur Nation hat über allem anderen zu stehen, nationale Loyalitätsanforderungen schließen andere Loyalitäten strikt aus. Das ist der Grund für den Hass der nationalen Protagonisten auf alle Kosmopoliten und Partikularisten, die Verpflichtungen und Bindungen oberhalb oder unterhalb der Nation für sich reklamieren und ihnen mindestens den gleichen, wenn nicht einen höheren Rang einräumen als den entsprechenden Forderungen des Vaterlandes. Da die Juden und die Sozialisten sowohl als Kosmopoliten wie als partikuläre Gruppe, als Staat im Staat gelten, traf sie der Hass der nationalen Protagonisten immer mit besonderer Intensität.

Nicht nur im Innern der Nationalstaaten, bei der Stellung der Minderheiten, führt die Forderung der Deckungsgleichheit zwischen nationaler Kultur und politischer Ordnung zu gewaltreichen Konsequenzen, sondern auch in den Konflikten zwischen den Staaten. Der Streit um Territorien wird nun regelmäßig zum Streit um die Nationalität dieser Gebiete (vgl. zum Folgenden Langewiesche 2000: 228). Es genügt nicht mehr, ein Territorium zu erobern und dem siegreichen Staat zu unterwerfen, vielmehr muss nun die Bevölkerung der eroberten Gebiete in den Körper der Siegnation eingegliedert und zum Bestandteil ihrer Seele werden. Das geschieht auf zwei Wegen: Zum einen auf dem Wege der nationalpolitischen Umerziehung, – in Elsass und Lothringen versuchten dies 1871 zunächst die Deutschen und ab 1919 wieder die Franzosen. Zum andern, in den Fällen, wo das von vornherein für aussichtslos oder zu mühsam erachtet wird, durch ethnische Säuberungen, also durch Vertreibung und Umsiedlung. Ethnische Säuberungen begleiten das nationale Zeitalter wie ein Schatten und offenbaren das riesige Gewaltpotential, das in der nationalen Legitimation politischer Ordnungen von Anfang an enthalten ist. Schon lange vor dem Ersten Weltkrieg sind ethnische Säuberungen praktiziert worden. In den Kriegen der 1870er

Jahre wurden auf dem Balkan über 250 000 Muslime getötet, über 1,5 Millionen mussten aus ihrer Heimat fliehen. Auch danach ging der Exodus aus Bulgarien, Rumänien, Griechenland, Serbien und Montenegro weiter. Nach vorsichtigen Schätzungen wurden fast 900 000 Menschen zwischen 1912 und 1914 in die Flucht getrieben oder umgesiedelt.

Auf der Suche nach der Seele Europas

Das nationale Zeitalter ist passé, jedenfalls in Westeuropa. In Osteuropa erlebt es dagegen eine Revitalisierung, mit allem was dazugehört: einem weit ausgreifenden kollektiven Gedächtnis, das die Erinnerung an die Vergangenheit in den Dienst der Wiedergewinnung nationaler Größe stellt, mit gewaltsamen ethnischen Säuberungen, ungezügelter Aggressionen gegen Minderheiten, ideologischer Mobilisierung, kriegerischen Entladungen. Noch einmal hat sich gezeigt, wie außerordentlich groß das Gewaltpotential der Nation ist und wie außerordentlich schwierig es ist, ihre Gewaltbereitschaft einzudämmen und zu entschärfen.

Dennoch: Die nationale Legitimation politischer Herrschaft ist heute antiquiert. Ihre zunehmende Erosion erkennt man daran, dass sowohl unterhalb wie oberhalb der Nationalstaaten neue Zugehörigkeiten und Loyalitäten entstanden sind. Die Betonung der Unterschiede unterhalb der Nation, also die Betonung der Vielheiten und Besonderheiten ethnischer, sozialer, regionaler, sprachlicher, geschlechtlicher Art hat das Bekenntnis und die Loyalität zur eigenen Nation an Bedeutsamkeit längst übertrumpft. Und oberhalb der Nationalstaaten sind politische Einheiten entstanden, deren rechtliche Verpflichtungen in manchen Bereichen den Nationalstaaten den Rang abgelaufen haben. Das prominenteste Beispiel dafür ist die Europäische Union. Sie gilt bislang freilich eher als eine ökonomische und administrative Einheit bei einem auffälligen und viel beklagten Mangel an Identifikation und Solidarität. Ökonomisch, administrativ und rechtlich und auch in der politischen Sphäre werden die Verflechtungen immer dichter, aber die emotionalen Bindungen, die Identifikationen der Europäer mit dem Jahrhundertprojekt der europäischen Einigung sind nicht sonderlich stark ausgeprägt. Überall halten die Entscheidungseliten die europäische Integration für eine einzigartige Erfolgsgeschichte, während die Bevölkerungen keinen Grund für Begeisterung und Lobeshymnen sehen. Dass damit ausgerechnet der demokratische Souverän eher teilnahmslos daneben steht, wird viel beklagt und ist in der Tat unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten hoch fragwürdig. Um Abhilfe zu schaffen, müsste man der EU jene Seele einhauchen, die bislang den Einzelstaaten vorbehalten ist. Europa eine

Seele geben, – diese Formel, die auf Jacques Delors zurückgeht, bedeutet: Europa braucht Symbole, die begeistern, integrieren und Identifikation ermöglichen, Europa braucht populäre Hymnen, Fahnen, Devotionalien, braucht Kultur, braucht Fest- und Feiertage, Europa soll stolz machen und attraktiv sein. Und sie bedeutet eben auch, dass sich Europa in eine transnationale, kontinentale Erinnerungsgemeinschaft verwandeln muss.

Daran wird fleißig gearbeitet. Werbekampagnen versuchen, Europa ein modernes *outfit* zu geben, Europa *trendy* zu machen, europäische Symbole zu popularisieren. Zivilgesellschaftliche Initiativen geben sich den Namen *Europa eine Seele geben* und organisieren unter diesem Titel hochrangige Konferenzen (siehe www.berlinerkonferenz.eu). Multinational zusammengesetzte Historikerkommissionen konzipieren Schulbücher, auf Anregung der deutschen Bundesbildungsministerin Schavan soll jetzt sogar ein gesamteuropäisches Geschichtsbuch geschaffen werden. Die Bestrebungen, eine transnationale, eine europäische Geschichtsschreibung zu etablieren, finden breite und nachhaltige Unterstützung. Seit einiger Zeit sind Historiker aus verschiedenen Ländern Europas dabei, *europäische Erinnerungsorte* zu bestimmen, d.h. sie versuchen, das von Pierre Nora für Frankreich initiierte Projekt, das in vielen Einzelstaaten Nachahmung gefunden hat, auf die europäische Dimension zu übertragen und suchen nach Stützpunkten, die in der Lage wären, der angestrebten kontinentalen Erinnerungsgemeinschaft den nötigen Halt zu geben (vgl. François, in diesem Band; vgl. ferner Duchhardt 2002, Escudier et al. 2001).

Bislang ist diese Suche nicht sonderlich erfolgreich verlaufen. Damit überhaupt *Erinnerungsorte* Europas identifiziert werden können, wurden die Kriterien gleichsam ermäßigt. Zu europäischen Erinnerungsorten werden historische Geschehnisse und Manifestationen bereits dann geadelt, wenn sie transnationale Wirkung und Verbreitung haben. Das ist aber eine sehr unspezifische Bestimmung, denn in diesem Sinne sind vermutlich fast alle größeren historischen Ereignisse europäische Ereignisse, und man könnte getrost die Mehrzahl der Erinnerungsorte, die Pierre Nora (1984ff., 2005) in mehreren Bänden unter dem Titel *Les Lieux de mémoire* für Frankreich zusammengestellt hat, und der Erinnerungsorte, die von Etienne François und Hagen Schulze (2001) für Deutschland ausfindig gemacht worden sind, und darüber hinaus der vielen weiteren Erinnerungsorte anderer Einzelstaaten Europas zu europäischen Erinnerungsorten erklären, die Tour de France so gut wie Richard Wagners Bayreuth, den *Code Civil* wie Goethe, Karl den Großen wie Versailles oder Verdun, Marcel Proust wie Kaiser Barbarossa. Wenn aber alles, was auch jenseits der eigenen nationalen Grenzen Aufmerksamkeit

erzielt hat und Wirkungen hinterlässt, zum europäischen Erinnerungsort wird, dann ist die gesamte große Literatur und Kunst, dann sind alle herausragenden historischen Ereignisse europäisch. Man kann das so sehen, – aber dieses Verständnis der europäischen Erinnerungsorte beschränkt sich darauf, die anderen Nationen einzuladen, die jeweils eigenen Erinnerungsorte gegenseitig anzuerkennen und gemeinsam zu begehen. So gesehen, beruhen die europäischen Erinnerungsorte auf dem Prinzip der Addition: Europa legt die Erinnerungsorte seiner Einzelstaaten zusammen, und die Einzelstaaten laden die anderen Mitgliedsländer ein, die eigenen Erinnerungsorte gemeinsam zu würdigen. In diesem Sinne verstand z.B. der französische Präsident Nicolas Sarkozy offenbar die Feiern zum Jahrestag der Französischen Revolution im Juli 2007 als *Fest Europas*. Zum französischen Nationalfeiertag der Erinnerung an den Sturm auf die Bastille lud Sarkozy die 26 EU-Partnerstaaten Frankreichs zu einer gemeinsamen Feier ein. An der Militärparade nahmen Besucher und Abordnungen aus allen Partnerstaaten teil.

So verstandene Erinnerungsorte sind im Grunde das getreue Pendant zu einem Europa-Konzept, das sich mit zwischenstaatlicher Kooperation begnügt. Das ist beileibe nicht nichts, es dient dem Abbau des Nationalismus und der Vorurteile. Aber mit einer gemeinsamen europäischen Seele hat das wenig zu tun. Europäisch sind diese Erinnerungsorte vorerst nur insofern, als sich jetzt nicht mehr nur die eigene Nation erinnert, sondern die Erinnerungsgruppe über die Grenzen des jeweiligen Staates hinaus erweitert wird. Aber ist der Pariser Mai 1968 schon deswegen ein europäischer Erinnerungsort, weil auch die Deutschen (und andere Europäer) ihn kennen und weil „1968“ nicht nur in Frankreich und Deutschland, sondern fast überall auf der Welt das Signum für Rebellion und kulturelle Umwälzung ist? Um Beliebigkeiten dieser Art zu vermeiden, müsste man an dem Kriterium festhalten, dass nur jene Phänomene den Titel eines europäischen Gedächtnisortes verdienen, die nicht nur transnationale Wirkungen gezeitigt haben, sondern die auch Europäisches intendieren, die in sich selber bereits Zeugnisse europäischer Gemeinsamkeit und europäischer Einigungsbestrebungen sind oder zumindest von den Trägern und Vorreitern eines einheitlichen europäischen Gedächtnisses post festum so ausgelegt werden können. Jedenfalls sind Ereignisse, die europaweit rezipiert werden, keineswegs automatisch europäische Erinnerungsorte (vgl. Funke 2002: 8).

Etwas, das den Namen eines kollektiven europäischen Gedächtnisses verdiente, ist bislang auch an anderen Stellen nicht in Sicht. Der 9. Mai, der 1985 zum Europatag bestimmt wurde, erfreut sich nicht gerade großer Popularität. Er würdigt Robert Schumans berühmte Erklärung vom 9. Mai 1950 in Paris, auf die die Gründung der Europäischen Ge-

meinschaft für Kohle und Stahl zurückgeht. Der französische Historiker Rouso (2004: 11) hat in einer kurzen Analyse der offiziellen Plakate der Jahrestage dieses Datums zwischen 1996 und 2004 gezeigt, dass der Tag in einem emotional entleerten historischen Niemandsland angesiedelt ist. Mit anderen Worten: Die Jahrestage erinnern zwar an den *Willen* zur europäischen Einigung, aber die *Seele* Europas sprechen sie in keiner Weise an.

Ohnedies treffen die Versuche und Bemühungen, Europa eine *Seele* zu geben, keineswegs auf ungeteilte Zustimmung. Von den meisten Mitgliedstaaten der Europäischen Union werden sie eher behindert als gefördert. Das Ergebnis des Gipfeltreffens der europäischen Staats- und Regierungschefs im Juni 2007 in Brüssel belegt das. Im Text des nun in Aussicht genommenen EU-Grundlagenvertrags, der den gescheiterten Verfassungsvertrag ersetzen soll, wird der Ausdruck *Verfassung* gar nicht mehr vorkommen, auch auf die Nennung von Fahne und Hymne als den großen Symbolen der europäischen Einigung soll verzichtet werden. Das ist eine deutliche Bedeutungsminde rung eben jener Elemente einer europäischen Identität, die dazu geeignet wären, den Einzelstaaten nicht nur administrativ, sondern auch in den Emotionen den Schneid abzukaufen. Offenbar soll die *Seele* der politischen Ordnungen weiterhin den Einzelstaaten vorbehalten bleiben. In einem Manifest zur Vorbereitung des neuen Parteiprogramms der SPD heißt es z.B.: „Nation umfasst den Begriff, in dem viele Menschen, in und über Europa hinaus, sich zu Hause, gebunden, verpflichtet und aufgehoben fühlen. Das wird jenseits jeder Globalität für eine nicht überschaubare Zukunft so bleiben. Für das Wohl unserer Nation arbeiten wir, stolz, aber nicht überheblich.“ (Bahr/Stützle/Gießmann 2007: 8)

Das Gedächtnis der Shoah

Die Erinnerung, die in Europa vorherrscht, ist die Erinnerung an die Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts mit der Kulmination in zwei verheerenden Weltkriegen und dem Menschheitsverbrechen der Shoah (vgl. Frei, in diesem Band). Man kann sich fragen, warum ausgerechnet die Erinnerung an diese furchtbaren Ereignisse einen so breiten Raum einnimmt und alle anderen Zeiten der europäischen Vergangenheit vollkommen überstrahlt. Die Tatsache, dass die schreckliche Vergangenheit nicht vergehen will, wird im europäischen *mainstream* heute keineswegs mehr für eine beklagenswerte Tatsache gehalten. Einige Jahrzehnte lang ist das nach 1945 völlig anders gewesen. Es herrschte das Einverständnis, dass das Ziel der europäischen Integration, nämlich die Überwin-

derung der wirtschaftlichen und politischen Ursachen der beiden Weltkriege, am besten zu erreichen ist, wenn man – jedenfalls auf der politischen Ebene – von den Gewaltexzessen und von der Vernichtung der europäischen Juden durch die Nationalsozialisten nicht allzu viel Aufhebens macht, weder in den drei Nachfolgestaaten des Dritten Reiches, also in der Bundesrepublik, der DDR und Österreich, noch in den Beziehungen zwischen den Staaten. Churchill forderte in seiner berühmten Rede von 1946 über die Notwendigkeit eines vereinten Europa, Gladstone zitierend, einen „segensreichen Akt des Vergessens“, und er fügte hinzu: „Wenn Europa vor endlosem Elend und schließlich vor seinem Untergang bewahrt werden soll, dann muß die europäische Völkerfamilie diesen Akt des Vertrauens und diesen Akt des Vergessens gegenüber den Verbrechen und Wahnsinnstaten der Vergangenheit vollziehen.“ (Churchill 1946: 312) Tatsächlich wurden nach dem Ende des Krieges die Erinnerungen gleichsam eingefroren, der Kalte Krieg schnürte die westlichen Staaten mit den Westdeutschen, die Ostdeutschen mit den sozialistischen Staaten zusammen und bestimmte die Geschichtsbilder im Inneren der Staaten wie zwischen ihnen. Gewaltexzesse, Antisemitismus und Kollaboration spielten darin kaum eine Rolle, jeder Staat und jeder Staatenblock konstruierte seine eigenen Geschichtsmythen, in denen alles Belastende so weit wie möglich ausgespart wurde.

Seit dem Ende der 50er Jahre hat sich das nach und nach und gegen viele Widerstände geändert, zuerst in der Bundesrepublik, seit den 80er Jahren auch bei vielen ehemaligen deutschen Kriegsgegnern, die damit begannen, ihre eigene Geschichte nicht mehr durchgehend in den leuchtenden Farben des Widerstands gegen die Deutschen zu malen, sondern eigenes Fehlverhalten und ängstliche Anpassungsbereitschaft, Kooperation und Kollaboration, Antisemitismus und Heuchelei des eigenen Landes zum Thema zu machen. Eine Reihe von gut gehüteten Mythen geriet nachhaltig ins Wanken: In Frankreich waren nun nicht mehr alle in der *Résistance* gewesen, die Österreicher mussten sich davon verabschieden, das reine Opferlamm gewesen zu sein, das gegen seinen Willen zum Anschluss an das Deutsche Reich gezwungen worden war, und sogar in der Schweiz begann eine Diskussion darüber, dass die Banken an der Shoah gut verdient hatten und die Grenzen für die Flüchtlinge nicht so offen waren, wie die meisten geglaubt hatten.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts wurde dann die Erinnerung an die Shoah gleichsam per Dekret ins Zentrum der europäischen Gedächtnispolitik gestellt. Unter den zahlreichen Staaten, die vom 26. bis 28. Januar 2000 mit hochrangigen Vertretern am *International Forum on the Holocaust* in Stockholm teilnahmen, waren 13 Mitgliedstaaten der EU. Im letzten Artikel der dort verabschiedeten sog. Stockholm-Erklärung heißt

es: „Es ist durchaus angemessen, dass diese erste große internationale Konferenz des neuen Jahrtausends sich dazu bekennt, die Saat einer besseren Zukunft in den Boden einer bitteren Vergangenheit zu streuen. Wir fühlen mit den Opfern, und ihr Kampf ist uns Ansporn. Wir wollen uns verpflichten, der Opfer zu gedenken, die ihr Leben gelassen haben, die noch unter uns weilenden Überlebenden zu achten und das gemeinsame menschliche Streben nach gegenseitigem Verstehen und nach Gerechtigkeit zu bekräftigen.“ (Zit. nach: www.holocausttaskforce.org) An anderer Stelle der Erklärung wird die Einrichtung eines jährlichen Holocaust-Gedenktages angeregt, der heute in einer Reihe von Ländern jeweils am 27. Januar, dem Tag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz, begangen wird.

Die organisierte Holocaust-Erinnerung geht über den europäischen Rahmen hinaus. Auf Initiative des schwedischen Premierministers Göran Persson wurde 1998 die *Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance, and Research* eingerichtet. An ihr sind gegenwärtig 24 Staaten beteiligt. Ihr Ziel ist es, die Erinnerung an die Shoah zu einer universalen Angelegenheit zu machen. Und am 24. Januar 2005 haben auch die Vereinten Nationen zum ersten Mal in ihrer Geschichte in einer Sondersitzung des Holocaust gedacht. UN-Generalsekretär Kofi Annan sagte in seiner Ansprache: „Das Böse, das sechs Millionen Juden und andere in diesen Lagern vernichtet hat, bedroht uns alle auch heute noch.“ Die Verbrechen der Nazis seien „nichts, das wir einer fernen Vergangenheit zuschreiben dürfen, um es zu vergessen.“

Gedenktage, Arbeitsgruppen und Konferenzen sollen die Erinnerung an das Verbrechen der Shoah zum Ausgangspunkt und Rückhalt Europas und der Menschheit machen. Man kann das begrüßen und darin die historische und moralische Basis für die universale Verteidigung der Menschenrechte und den Schutz von Minderheiten sehen. Aber der Preis für diese Universalisierung der Erinnerung an die Shoah ist hoch (vgl. zum folgenden Assmann 2006: 255ff.). Sie geht auf Kosten von Präzision und Konkretion. Die verschiedenen Gedächtnisebenen mit ihren unterschiedlichen Perspektiven, Inhalten und Akzenten werden zugunsten eines einheitlichen Fixpunktes der Erinnerung nivelliert. In den Ländern Europas knüpft die Erinnerung an die Shoah an konkrete Erfahrungen an, sie ist, bei Tätern wie Opfern, zentraler Bestandteil so gut wie jeder Familiengeschichte, sie ist verbunden mit Orten, die man aufsuchen kann, mit Räumen, die die Nazis für ihr Vernichtungswerk aussuchten und herrichteten, mit Spuren, die zwar zum Teil durch die Zeit verwischt wurden, aber immer noch sichtbar geblieben sind. Es ist nicht schwer, eine Karte des Terrors anzufertigen, mit dem die Nazis die Länder Euro-

pas überzogen haben. Es sind immer ganz spezifische, unverwechselbare Erinnerungen, die sich in den europäischen Ländern, den Orten des Krieges und der Vernichtungspolitik, mit der Zeit des Nationalsozialismus verbinden. Sie sind in Deutschland natürlich ganz anders als bei den Kriegsgegnern und den von den Deutschen okkupierten Ländern. Aber auch innerhalb dieser Gruppe sind sie wiederum sehr unterschiedlich, in Frankreich anders als in den Niederlanden oder in Italien oder in den skandinavischen Ländern oder in Österreich oder in England. Und noch einmal ganz anderer Natur sind sie in den osteuropäischen Ländern, bei denen zur Erinnerung an die Leiden unter den Deutschen die Erinnerungen an die zweite Terrorherrschaft unter dem Diktat der Sowjetunion hinzukommen, die man im Westen nur aus der Beobachterposition kennt.

Die Unterschiedlichkeit und Mannigfaltigkeit der Erinnerungen, ihre Kollisionen und ihr Antagonismus, ihre Radikalität und Unversöhnlichkeit, ihre Gegenwärtigkeit und Macht – all das wird im Versuch der Europäisierung und Universalisierung der Holocaust-Erinnerung mit einer großen pathetischen Geste übersprungen und nivelliert. Der Versuch, den Kosmos der je spezifischen Erinnerungen auf ein vereinheitlichtes Zentrum hin auszurichten, führt zu Moralisierung, Entwirklichung und Mythisierung der Vernichtungsterrors der Nazis. Am Ende wird die Shoah zum Teil des ewigen Kampfes, in dem die Kräfte des Bösen und des Guten miteinander ringen. Das hat mehr mit religiösem Bewusstsein als mit politischer Urteilskraft zu tun. Die Erinnerung an die Shoah verwandelt sich damit in Gedächtnisreligion. Rituale treten an die Stelle von Erinnerungen an konkrete, benennbare, in Raum und Zeit lokalisierbare Geschehnisse. Zum Wesen religiöser Rituale und Zeremonien gehört, dass sie Zeit und Geschichte ausschalten und vergangene Ereignisse in die Gegenwart hineinziehen. Dadurch aber wird die Erinnerung abstrakt, sie löst sich von den realen Koordinaten der vergangenen Ereignisse, von lokalen Gegebenheiten und der Beziehung auf Personen, Situationen, Umstände, Räume und Orte. Zurück bleibt ein entleertes, inhaltsloses Konstrukt, auf das sich vielleicht alle als gemeinsamen Bezugspunkt beziehen und verständigen können, das aber alles Herausfordernde verloren hat und zum Kitsch wird, weil es der Härte der realen Erfahrungen und antagonistischen Erinnerungen gar nicht mehr angemessen ist. Ritualisierungen dienen der Bändigung der Erinnerungen, sie wissen immer schon und viel zu gut, wohin die Erinnerungen führen sollen. Es ist besser und auch realistischer, vom Gegenteil auszugehen. Was das Gedächtnis Europas braucht, ist nicht die Integration der Erinnerungen in eine Gedächtnisreligion, in der sie rituell gezähmt werden,

sondern umgekehrt die Bewahrung und Öffnung von Räumen für konkrete Erzählungen und Erfahrungen.

Erinnern und Vergessen

Polen hat zuletzt in der EU für mehr Unruhe und Wirbel gesorgt als jedes andere Mitglied. Erst schlug sich das Land im Irakkrieg auf die Seite der durch die USA angeleiteten *Koalition der Willigen* und machte keinen Hehl daraus, dass es generell sein Heil eher an der Seite der USA als bei den europäischen Nachbarn sieht, sodann entwickelte es sich zum hartnäckigsten Ablehner des anvisierten neuen Grundlagenvertrags und verband das mit einer prononciert antideutschen Haltung, die sich aus der Erinnerung an die Zeit der deutschen Schreckensherrschaft speist. Der polnische Ministerpräsident Kaczyński wartete im Vorfeld des Brüsseler EU-Gipfels im Juni 2007 mit einer Vergangenheitsrechnung auf, die im westlichen Europa kaum noch jemand für möglich gehalten hatte und viel Kopfschütteln hervorrief. Wenn es keinen Krieg gegeben hätte, so meinte er, würden in Polen heute nicht 38 Millionen, sondern 66 Millionen Menschen leben. Dieses Faktum sei bei der Frage der Stimmengewichtung in der EU zu bedenken, weswegen Polen besser und Deutschland entsprechend schwächer berücksichtigt werden müsse.

Die Bundeskanzlerin Merkel als amtierende europäische Ratspräsidentin begegnete diesen vergangenheitspolitischen Rechnungen beim Treffen der europäischen Regierungschefs in Brüssel in der ihr eigenen Weise mit einer alles in allem erfolgreichen Charmeoﬀensive. Die Kommentare in einigen deutschen Zeitungen waren dagegen deutlicher und spielten den aggressiven Ball der Polen beleidigt und mit kaum geringerer Wucht zurück. In der *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* kommentierte Volker Zastrow (2007): „Allenfalls die Zahlungen der Union, die ziemlich dem deutschen Beitrag entsprechen, streicht Polen gern ein, sonstige ausgezeichnete Dienste, die Deutschland freimütig geleistet hat, werden ungnädig in Anspruch genommen. Warschau sieht sich ohnehin als Deutschlands moralischen Gläubiger und die deutsche Schuld als nichtwiedergutzumachend, also praktischerweise untilgbar an.“

Man sieht: Die Polen sind undankbar, es geht ihnen nur ums Geld, die Deutschen sind freimütig und großzügig und werden ausgenutzt und vorgeführt. Das gute Gedächtnis der einen dient aus der Perspektive der anderen nur dem Zweck, die alten Feindschaften zu verlängern und daraus politisches Kapital zu schlagen, im Grunde ist es eine nur wenig kaschierte Form der Rache. So kehren dann auch zwischen den Ländern

die Gespenster jenes *Gedächtnisregimes*⁴ zurück, das für das nationale Zeitalter typisch gewesen ist. Denn tatsächlich ist es, wie Zastrow (2007) im gleichen Kommentar schreibt, „der Dämon einer anderen, vergangen geglaubten Zeit, dessen giftiger Atem da plötzlich durch die Glaspaläste des modernen Europa streicht“, – allerdings nicht nur – wie Zastrow meint – auf Seiten der Polen, sondern auch in seinen eigenen Sätzen.

Kein Zweifel, dass die polnische Regierung im europäischen Verfassungsvertrag fälschlicherweise offenbar eine Art von Reparationsleistung für die Verbrechen sieht, die die Deutschen ihnen angetan haben. Aber dieser kleine Erinnerungskrieg, den die Polen den Deutschen erklärt haben, kommt der Härte der Kollisionen zwischen dem polnischen und dem deutschen Gedächtnis weitaus näher als eine Gedächtnisreligion, die im rituellen Gedenken alle realen Gegensätze für nichtig erklärt. Wer könnte leugnen, dass Polen aufgrund seiner historischen Erfahrung der letzten 200 Jahre allen Grund zur Skepsis den Deutschen wie überhaupt den großen europäischen Mächten gegenüber hat? Wie kein anderes Land war Polen im 20. Jahrhundert das Experimentierfeld, auf dem die schlimmsten Herrschaftssysteme, die die Geschichte bislang gesehen hat: der Stalinismus und das NS-Regime, ihre terroristischen Werkzeuge ausprobiert und zum Einsatz gebracht haben. Und wer dazu neigt, in der Vertreibung am Ende des Zweiten Weltkriegs eine spezifisch deutsche Erfahrung zu sehen, sollte sich ein wenig in die polnische Geschichte dieser Zeit vertiefen (vgl. z.B. Krzeminski 2001). Man wird deswegen kaum mehr tun können als zur Kenntnis zu nehmen und zu akzeptieren, dass die polnischen und deutschen Erinnerungen miteinander kollidieren und nicht so einfach ineinander übersetzbar sind, wie sich das die Stockholmer Konferenz in ihrer Verlautbarung vorgestellt hatte.

Andererseits gilt sogar für Polen mit seiner unendlich leidvollen Geschichte, dass die Opferrolle, mit der das Land sich so gerne identifiziert, dazu angetan ist, vom eigenen partiellen Versagen abzulenken. Der polnische Historikerstreit über das Massaker in Jedwabne im Jahre 1941 zeigt aber immerhin, dass der Mythos der Opfertation nicht mehr ungebrochen fortexistiert und auch in Polen einige Schritte auf dem Weg von der nationalen in die postnationale Erinnerungsära unternommen worden sind. Der Unterschied zwischen den Gedächtnisregimen, die mit diesen Epochen korrespondieren, besteht eben darin, dass *Nationen* auf ihre Gegenwart und ihre Vergangenheit nichts kommen lassen und nur das in ihr Selbstbild aufnehmen, was die Wunschphantasie eigener Stärke, Größe und Reinheit bestätigt. Niederlagen, Enttäuschungen und Erniedrigungen, die man eingestehen muss, dienen hier nur als Anlauf und Treibstoff für die Stunde der Rache. Das Gedächtnisregime der *postna-*

tionalen Konstellation ist dagegen zu einem komplexeren Blick in der Lage, vermag auch die belastenden Seiten der eigenen Geschichte zu akzeptieren und wendet sich ihnen sogar mit größerer Intensität zu, weil daraus für die Zukunft besonders viel gelernt werden kann. Ihre Thematisierung dient nicht der Vorbereitung auf den nächsten Waffengang, sondern umgekehrt dem Ausstieg aus der todbringenden Eskalation von Aggression, Niederlage und Revanche.

Die Alternative, um die es geht, besteht also gar nicht im Erinnern oder Vergessen. Ein gutes Gedächtnis kann nachtragend sein, bestehende Unversöhnlichkeiten und Feindschaften verlängern und neue entstehen lassen. Deswegen wurde über die Jahrhunderte hinweg die Beendigung von Bürgerkriegen und zwischenstaatlichen Kriegen fast immer an *oblivio et amnestia* gebunden, an Vergessen und Vergeben. Das verordnete Vergessen und Vergeben führte dann aber doch immer nur zu einem mehr oder weniger schnell wieder aufgekündigten Stillhalteabkommen. Im Versailler Vertrag am Ende des Ersten Weltkriegs wurde zum ersten Mal in einem bedeutenden Friedensschluss nicht das Vergeben und Vergessen angekündigt und verlangt, sondern das Gegenteil. Dem Deutschen Reich wurde die Schuld am Ausbruch des Krieges zugeschrieben, die Deutschen wurden moralisch geächtet, und statt Amnestie wurde die Durchführung von Strafprozessen wegen Kriegsverbrechen angekündigt. Dieses erzwungene Gedächtnis traf die Weimarer Republik ganz unvorbereitet. Es führte nicht zum Abbau der Feindschaften, sondern trug zu ihrer Eskalation bei und gehört deswegen in die Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs.

Mit anderen Worten: Es geht nicht um die einfache Alternative zwischen Erinnern oder Vergessen, sondern darum, der fortwirkenden destruktiven Macht der Vergangenheit zu entkommen. Die Frage, ob das eher durch Vergessen oder durch Erinnern geschehen kann, ist dann noch ganz offen. Das postnationale Gedächtnisregime glaubt, den fortwirkenden Bann der Vergangenheit am besten dadurch aufzulösen, dass die belastenden Vergangenheiten erinnert und damit der Bearbeitung zugänglich gemacht werden. Dahinter steckt die Überzeugung, dass die Macht der Vergangenheit über die Gegenwart nur aufgelöst werden kann, wenn man ihr ins Auge blickt, sie ungeschönt akzeptiert und in das Selbstbild aufnimmt. (Im Hintergrund dieses Erinnerungsmodells stehen Überlegungen aus der Psychoanalyse Freuds, die hier aber nicht näher dargestellt werden können).

Der Osten im Gedächtnis Europas

Der Zusammenbruch des realen Sozialismus seit 1989 hat eine Umwälzung der europäischen Gedächtnislandschaft bewirkt, die vorerst nur in Ansätzen sichtbar geworden und noch längst nicht an ihr Ende gekommen ist. Erinnerungen, die lange auf Eis gelegt waren, gerieten in Aufruhr, wurden freigesetzt, und eine neue Dynamik des Erinnerns und Vergessens kam in Gang. Sie betrifft, auf den ersten Blick jedenfalls, in besonderem Maße die osteuropäischen Länder. Das Auftauchen der unter autoritärem Verschluss gehaltenen Erinnerungen ging hier einher mit der Neuauflage vergessener Abgrenzungen, mit mörderischen Feindbildern und dem Auffrischen von Rechnungen, von deren Existenz hierzulande kaum noch jemand eine Ahnung hatte. Aggressive und autistische nationale Mythen, die im Westen nur noch in den Geschichtsbüchern stehen, erfuhren eine Wiederauferstehung, und das nationale Gedächtnisregime gewann, als sei es das natürlichste der Welt, die Oberhand. Das ist der vorherrschende Trend in so gut wie allen osteuropäischen Ländern, in Polen nicht anders als in Ungarn oder in Tschechien, zu schweigen von Russland. Überall dominiert die Neigung, nationale Mythen wieder hervorzuholen, belastende Geschehnisse auszublenden, weit in der Geschichte zurückliegende heroische oder kränkende Ereignisse zu Bezugspunkten der Gegenwart zu machen und alte Helden zu revitalisieren (vgl. Samerski 2007). Nur nach und nach kühlen die Überhitzungen hier und da auch wieder ab. Die Gegenstimmen von einzelnen *remembrancern*⁵ und besonnenen Gruppen, die es immerhin gibt und die bewundernswürdige Arbeit leisten (wie z.B. die Gruppe *memorial* in Russland), sind in der Minderheit und haben einen schweren Stand.

Aber die Sache in dieser Weise zu sehen, ist zugleich eine Reduktion. Sie steht noch ganz im Bann der westlichen Entwicklung, die hier zum Muster erhoben wird, – man schüttelt über den Osten verwundert den Kopf und tut so, als wenn die Turbulenzen dort eine inneröstliche Angelegenheit wären, die das Selbstbewusstsein und das Selbstbild des restlichen Europa nicht weiter berührt. In diesem Selbstbild hat das westliche Europa die Vorreiterrolle, und die Pflicht zur nachholenden Entwicklung liegt bei den anderen. Diese Perspektive ist zwar für den Westen schön und beruhigend, aber sie verzerrt die Lage, und sie ist meilenweit von allem entfernt, was man sich unter einem Gedächtnis Europas vorstellen könnte.

In Wirklichkeit ist das Ende der europäischen Spaltung in seinen Wirkungen nicht auf das Territorium, die Institutionen, das Bewusstsein und die Erinnerungen im Osten eingrenzbar. Sowenig die neue Bundesrepublik nur die vergrößerte Fassung der alten ist, so wenig ist das Hin-

zukommen Osteuropas einfach nur so etwas wie ein Raumgewinn oder eine *Osterweiterung* Kerneuropas. Wenn sich der Osten verändert, verändert sich auch der Westen, es verändern sich die Antworten auf die Frage, was Europa ist, so wie sich die Antworten auf die Frage verändern, was die Bundesrepublik ist. Mit der Öffnung von Grenzen und Räumen und dem Ziehen neuer Grenzen kommt ganz unvermeidlich und auf allen Seiten eine neue Bewegung in die Selbstbilder und die Erinnerungslandschaften, es entstehen neue Beschreibungen und Zuordnungen. Man kann das an der neuesten Runde der deutschen Sonderwegdiskussion gut erkennen. Ist die neue Bundesrepublik die Vollendung des langen deutschen Wegs nach Westen, oder rückt sie jetzt nach Osten (vgl. Winkler 2000 II: 564)? Und bekommt die neue Bundesrepublik wenigstens ein Bewusstsein, eine Sensibilität für den gewaltsamen Untergrund, auf dem ihre Westverschiebung stattgefunden hat, und für den Verlust, der damit verbunden ist, also dafür, dass alle Beziehungen, die über Jahrhunderte hinweg zum europäischen Osten bestanden haben, gewalttätig durchtrennt worden sind (vgl. die Beiträge von Geremek und Schlögel, in diesem Band)? Was für die alte Bundesrepublik gilt, das gilt für das westliche Europa insgesamt: Die Geschichte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist nicht nur eine einzigartige Erfolgsgeschichte friedlicher Beziehungen und stabiler demokratischer politischer Systeme, sondern zugleich eine Geschichte, in der der Gesamtzusammenhang Europas zerstört worden ist. Und natürlich liegen die Wurzeln und Ursachen dieser Zerstörung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Die lieb gewordenen alten Gewissheiten des postnationalen Gedächtnisregimes, die sich im Westen durchgesetzt haben, sind keinesfalls davor gefeit, ins Wanken zu geraten. Der Osten kehrt in den europäischen Erinnerungs-Horizont zurück, aus dem er umso mehr verschwunden war, je länger die Teilung des Kontinents gedauert hatte. Die alte Behauptung, dass nicht ein für allemal feststeht, worin Europa besteht, sondern dass Europa eine Konstruktion ist, zeigt ihre neue Wahrheit. Immer wieder haben sich die Vorstellungen über die Ziele und Grenzen Europas geändert, und sie werden sich auch in Zukunft ändern. In den kommenden Jahren werden sie zu einem großen Teil davon abhängen, welche Rolle Osteuropa (und die Türkei) darin spielt. Auch die Erkenntnis, dass der Osten die offene Grenze Europas markiert, ist nicht neu. Vielleicht hatte sich der Westen auch deswegen nach und nach mit der Existenz des Eisernen Vorhangs in der Mitte Europas abgefunden, weil er ihm die Beschäftigung mit dieser vertrackten Frage abnahm.

Das ist nun vorbei. Geblieben sind die Abneigung, sich mit dem Osten zu beschäftigen, und die Abwertung, die ihm entgegengebracht wird. Und auch sie haben eine lange Geschichte. Das Wort Osteuropa entstand

als Fremdbezeichnung, – seit dem Wiener Kongress begann sich der Begriff durchzusetzen, aber nur im westlichen Teil, in dem Teil also, der sich bis heute als Kern-Europa versteht. Mit dem Begriff war von Anfang an die Markierung einer Differenz und eines Überlegenheitsgefühls verbunden. Ernst Moritz Arndt meint in einer Schrift aus dem Jahre 1814, dass der Osten seine Geschichte bereits hinter sich hat und in Erstarrung übergegangen ist, während der Westen dynamisch voranschreitet. „Still steht der Ost in Art, Sitte, Gesetz, Weltansicht, Gottesdienst, er steht lange schon still in einer Beständigkeit, die man fast eine Erstarrung nennen mögte. [...] Beweglich ist der Westen, beweglich ist Europa, ja es ist das bewegteste.“ (Arndt 1814: 9) Bei anderen ruft der Osten das Gefühl des gleitenden Übergangs nach Asien wach und damit die Vorstellung des asiatischen Despotismus. Gegen ihn muss man sich wehren, und kriegerrische Überfälle sind dann als präventive Abwehrschlacht immer legitimiert (vgl. Langewiesche 2000: 220). Und schließlich spielt der Osten in den deutschen Größenphantasien eine bis heute unaufgeklärte Rolle als kolonialer Raum, dessen Unterwerfung es möglich machen würde, endlich mit den westeuropäischen Kolonialreichen gleich zu ziehen.

Es ist an der Zeit, dieses eingeschliffene Verhältnis zwischen West und Ost einer selbstkritischen Prüfung zu unterziehen. In jedem Fall fordern das Ende der Teilung und die daran anschließenden gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Umwälzungen einen neuen Blick, andere Perspektiven, andere Fragen, andere Begriffe. Zur europäischen Geschichte nach 1945, so betont Rousso (2004: 1) zu Recht, gehört nicht mehr nur die Epoche des Wirtschaftswachstums, der demokratischen Institutionen, der Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland. Es muss jetzt auch die Hinterlassenschaft des Kommunismus und des Stalinismus mit einbezogen werden. Damit tun sich viele Intellektuelle und Wissenschaftler sehr schwer, vor allem in der Bundesrepublik, aber auch in Frankreich oder Italien, wo damit zugleich ein Stück Geschichte der eigenen kommunistischen Parteien verbunden ist. Aber es kann im Ernst nicht bezweifelt werden, dass eine andere Geschichte Europas geschrieben werden muss bzw. besser gesagt: die Geschichte Europas anders geschrieben werden muss, „weniger optimistisch, dafür aber um so offener gegenüber den historischen Lasten, den langsamen Rhythmen des Wandels sowie den möglichen Sackgassen fortschrittlicher Ideen“ (Rousso 2004: 1).

Die Bewegungen in diese Richtung deuten an, wohin die Reise der europäischen Gedächtnislandschaft gehen wird. Die geistige Rückkehr des Ostens in den europäischen Horizont steht aber erst am Anfang. Das Interesse dafür ist immer noch sehr gering und erst in Ansätzen vorhan-

den. Die Möglichkeit, nach der Zurückverwandlung der Länder des Warschauer Paktes in das östliche Europa einen neuen Blick auf Geschichte und Erinnerung dieser Länder und damit auch auf die eigene Geschichte und Erinnerung zu werfen, trifft auf viele Widerstände. Aber es ist naiv, die jetzt gegebenen Möglichkeiten etwa deswegen auszuslagern, weil damit die Verwestlichung bzw. Westernisierung der Bundesrepublik abgewertet und das Bewusstsein von der Einzigartigkeit des Holocaust und ihrer Bedeutung für das Geschichtsbewusstsein der Bundesrepublik auf dem Spiele stehen könnte. Es führt kein Weg daran vorbei: Mit der Wiederkehr des Ostens in den europäischen Horizont ist eine Debatte über den Kommunismus, über die russische Revolution, den Marxismus-Leninismus, den Gulag und die Unterdrückungsgeschichte des sowjetischen Imperiums gegen seine eigene Bevölkerung und den europäischen Osten ganz unvermeidlich geworden. Aber auch eine Debatte über die Geschichte und das Ausmaß der erzwungenen Umsiedlungen, der ethnischen Säuberungen und Vertreibungen, die bislang nirgendwo angemessen zum Thema gemacht wurden und die nicht anders als der Kommunismus ein wahrlich gesamteuropäisches Phänomen sind, steht auf der Tagesordnung. Vom Sprengstoff, der in diesen Themen liegt, und zwar für den Osten wie für den Westen, haben wir bislang vermutlich nicht mehr als einen kleinen Vorgeschmack bekommen (vgl. osteuropa 2007; Ackermann 2002; Troebst 2006).

Die links wie rechts, im Osten wie im Westen auf je eigene Art gut eingespielten und vehement verteidigten Wahrnehmungsmuster, Begriffe und Codierungen werden dabei nicht sonderlich hilfreich sein. Eher ist das Gegenteil der Fall. Wenn z.B. die Angst vor den zweifellos existierenden Verzerrungen der Totalitarismustheorie der 50er Jahre, gegen die die 68er Linke so vehement angekämpft hat, nur noch dazu dient, die Realität der verbrecherischen kommunistischen Herrschaft nicht zur Kenntnis zu nehmen, dann bleibt wohl nichts anderes übrig, als sie einfach beiseite zu schieben und auf sich beruhen zu lassen. Man muss sich generell davor hüten, die Schreckensgeschichten des 20. Jahrhunderts zu schnell einzusortieren und zu verstehen. Das gilt zumal für die Deutschen, denen zweifellos eine Vorreiterrolle bei der Entstehung des postnationalen Erinnerungsregimes zukommt, die aber womöglich bei der Wahrnehmung der verwickelten Repressionsgeschichte im europäischen Osten einen noch größeren Widerwillen an den Tag legen als die anderen westlichen Gesellschaften. Vorerst besteht die wichtigste Leistung darin, die vielen konkurrierenden, widersprüchlichen, antagonistischen Erinnerungen an die Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts überhaupt erst einmal zur Kenntnis zu nehmen und der Versuchung zu widerstehen, sie zugunsten einer Homogenisierung des Geschichtsbildes gleich

wieder zurückzudrängen. Was Hannah Arendt 1959 bei der Verleihung des Lessingpreises der Stadt Hamburg im Blick auf die NS-Vergangenheit der Bundesrepublik sagte, sollte auch für Europa beim Umgang mit der Geschichte und dem Gedächtnis der östlichen Länder gelten: Es kommt darauf an, den Erinnerungen und Erzählungen zuzuhören, es geht darum, „zu wissen und auszuhalten, dass es so und nicht anders gewesen ist und dann zu sehen und abzuwarten, was sich daraus ergibt“ (Arendt 1959: 30). Das ist das Beste, was man gegenwärtig für das Gedächtnis Europas tun kann.

Anmerkungen

- 1 Ich greife hier einige Gedanken auf, die ich zuerst 2007 in einem Aufsatz über Cicero formuliert habe.
- 2 Dieser Unterschied zwischen Gedächtnis und Geschichtsschreibung ist das, was Fried (2003, 2004) in seinen Studien den Historikern so nachdrücklich ins Stammbuch schreiben möchte. Vgl. zur Unterscheidung zwischen Geschichte und Gedächtnis ferner Ricoeur 1997: 440ff.
- 3 Vgl. Barrès, *Mes Cahiers*, Tome XIII (1950: 335): „La Patrie, c’est la terre de nos morts“. An anderer Stelle wird der Zusammenhang dieser Bestimmung mit dem Antisemitismus deutlich: „Die Juden haben kein Vaterland in dem Sinne, wie wir dies verstehen. Für uns ist das Vaterland der Boden und unsere Vorfahren, es ist die Erde unserer Toten. Für sie ist es der Ort, an dem sie ihre größten Gewinne verwirklichen können.“ (Barrès, *Scènes et doctrines du nationalisme* (1902), Paris 1987, hier zitiert nach: Bielefeld 2003: 169f.)
- 4 Den Begriff Gedächtnisregime bilde ich hier in Anlehnung an Sahlin/Koselleck/Hartog 2003. Siehe auch Rouso 2004: 8.
- 5 Mit diesem Wort umschreibt Burke (1989: 301f.) eine der Aufgaben des Historikers: „Einst gab es in England einen Beamten, der den Titel *Remembrancer* trug, in Wahrheit war dies ein Euphemismus für den Schulden-Eintreiber. Es gehörte zu seiner Pflicht, die andern an das zu erinnern, was sie selbst gern vergessen wollten. Als *Remembrancer* tätig zu werden, ist eine der wichtigsten Aufgaben, die der Historiker wahrzunehmen hat.“

Literatur

- Ackermann, Ulrike (2002): Vergessen zugunsten der Zukunft? Zur Debatte über Vertreibungen, in: Merkur 643, 56. Jg.
- Arendt, Hannah (1959): Gedanken zu Lessing. Von der Menschlichkeit in finsternen Zeiten, in: Dies. (2001): Menschen in finsternen Zeiten, München.
- Arndt, Ernst Moritz (1814): Über Sitte, Mode und Kleidertracht. Ein Wort aus der Zeit, Frankfurt a.M.
- Assmann, Aleida (2006): Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, München.
- Bahr, Egon/Walther Stützle/Hans J. Gießmann (2007): Europäische Friedenspolitik im 21. Jahrhundert, in: FAZ, 9. August.
- Bielefeld, Ulrich (2003): Nation und Gesellschaft. Selbstthematisierungen in Frankreich und Deutschland, Hamburg.
- Burke, Peter (1989): Geschichte als soziales Gedächtnis, in: Aleida Assmann/Dietrich Harth (Hg.) (1991): Mnemosyne. Formen und Funktionen der kulturellen Erinnerung, Frankfurt a.M.
- Churchill, Winston (1946): European Unity. „Something That Will Astonish You“, in: David Cannadine (Hg.), Blood, Toil, Tears and Sweat: Winston Churchill's Famous Speeches, London 1989.
- Doering-Manteuffel, Anselm (2006): Abschied von der alten Bundesrepublik. Edgar Wolfrums geglückte Darstellung der westdeutschen Geschichte, in: Neue Politische Literatur, Heft 2/3.
- Duchhardt, Heinz (Hg.) (2002): Jahrbuch für Europäische Geschichte, Band 3 (Schwerpunktthema: Europäische lieux de mémoire?), München.
- Escudier, Alexandre/Brigitte Sauzay/Rudolf von Thadden (Hg.) (2001): Gedenken im Zwiespalt. Konfliktlinien europäischen Erinnerns, Göttingen.
- François, Etienne/Hagen Schulze (Hg.) (2001): Deutsche Erinnerungsorte, 3 Bände, München.
- Fried, Johannes (2003): Geschichte und Gehirn. Irritationen der Geschichtswissenschaft durch Gedächtniskritik, Stuttgart.
- Fried, Johannes (2004): Der Schleier der Erinnerung. Grundzüge einer historischen Memorik, München.
- Funke, Peter (2002): Europäische lieux de mémoire oder lieux de mémoire für Europa im antiken Griechenland? in: Heinz Duchhardt (Hg.): Jahrbuch für Europäische Geschichte, Band 3, München.
- Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung, Frankfurt a.M. 1998.
- Halbwachs, Maurice (1925): Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen, Frankfurt a.M. 1985.

- Halbwachs, Maurice (1950): *Das kollektive Gedächtnis*, Frankfurt a.M. 1985.
- Jeismann, Karl-Ernst (1986): „Identität“ statt „Emanzipation“? Zum Geschichtsbewußtsein in der Bundesrepublik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 20-21.
- König, Helmut (2007): Cicero – Politik und Gedächtnis, in: Emanuel Richter/Rüdiger Voigt/Helmut König (Hg.): *Res Publica und Demokratie. Die Bedeutung von Cicero für das heutige Staatsverständnis*, Baden-Baden.
- Krumeich, Gerd (2001): Historische Wissenschaft und europäisches Gedächtnis, in: Vittoria Borsò, Gerd Krumeich und Bernd Witte (Hg.): *Medialität und Gedächtnis*, Stuttgart/Weimar.
- Krzeminski, Adam (2001): Der polnische Umgang mit der deutschen Vergangenheit in den Oder-Neiße-Gebieten, in: Alexandre Escudier/Brigitte Sauzay/Rudolf von Thadden (Hg.) (2001): *Gedenken im Zwiespalt. Konfliktlinien europäischen Erinnerns*, Göttingen.
- Langewiesche, Dieter (2000): *Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa*, München.
- Lübbe, Hermann (1977): *Geschichtsbegriff, Geschichtsinteresse*, Basel/Stuttgart.
- Lübbe, Hermann (1985): *Die Gegenwart der Vergangenheit. Kulturen und politische Funktionen des historischen Bewußtseins*, Oldenburg.
- Marquard, Odo (1973): Inkompetenzkompensationskompetenz? Über Kompetenz und Inkompetenz der Philosophie, in: Ders.: *Abschied vom Prinzipiellen*, Stuttgart 1981.
- Marx, Karl (1842): Debatten über das Holzdiebstahlgesetz, in: *Marx-Engels-Werke Band 1*, Berlin 1972.
- Nora, Pierre (Hg.) (1984–1992): *Les lieux de mémoire*, 7 Bände, Paris.
- Nora, Pierre (Hg.) (2005): *Erinnerungsorte Frankreichs*, mit einem Vorwort von Etienne François, München.
- Osten, Manfred (2004): *Das geraubte Gedächtnis. Digitale Systeme und die Zerstörung der Erinnerungskultur*, Frankfurt a.M./Leipzig.
- Osteuropa (2007): *Das Lager schreiben*, Schwerpunktthema der Zeitschrift osteuropa, Heft 6.
- Renan, Ernest (1882): Was ist eine Nation? in: Ders., *Was ist eine Nation? Und andere politische Schriften*, mit einem einleitenden Essay von Walter Euchner und einem Nachwort von Silvio Lanaro, Wien/Bozen 1995.
- Ricoeur, Paul (1997): Gedächtnis – Vergessen – Geschichte, in: Klaus E. Müller/Jörn Rüsen (Hg.): *Historische Sinnbildung. Problemstellungen, Zeitkonzepte, Wahrnehmungshorizonte, Darstellungsstrategien*, Reinbek.

- Rousso, Henry (2004): Das Dilemma eines europäischen Gedächtnisses, in: Zeithistorische Forschungen, Online-Ausgabe, 1. Jg., Heft 3.
- Sahlins, Marshall/Reinhart Koselleck/François Hartog (2003): Régimes d'historicité. Présentisme et expériences du temps, Paris.
- Samerski, Stefan (Hg.) (2007): Die Renaissance der Nationalpatrone. Erinnerungskulturen in Ostmitteleuropa im 20./21. Jahrhundert, Köln/Weimar/Wien.
- Troebst, Stefan (Hg.) (2006): Vertreibungsdiskurs und europäische Erinnerungskultur. Deutsch-polnische Initiativen zur Institutionalisierung. Eine Dokumentation, Osnabrück.
- Weber, Max (1922): Wirtschaft und Gesellschaft, fünfte, revidierte Auflage, besorgt von Johannes Winckelmann, Tübingen 1985.
- Winkler, Heinrich August (2000): Der lange Weg nach Westen, 2 Bände, München.
- Zastrow, Volker (2007): Der polnische Patient, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 24. Juni.

